



LCOY Austria



# Die Forderungen der Jugend

Shaping Tomorrow Today



# Einleitung

Sehr geehrte Entscheidungsträger\*innen,

Im Rahmen der achten Local Conference of Youth (LCOY) Austria 2025, organisiert von der Jugend-Klimaorganisation CliMates Austria unter dem Mandat des UNFCCC, haben rund 300 junge Teilnehmende zentrale Forderungen an die österreichische Bundesregierung formuliert. Die Ergebnisse dieses mehrtägigen Beteiligungsprozesses spiegeln nicht nur den wissenschaftlichen Konsens wider, sondern auch die tief empfundene Dringlichkeit der jungen Generation, der Klimakrise entschlossen entgegenzutreten.

Dieses Forderungspapier steht für die Stimme derjenigen, die die Auswirkungen der heutigen politischen Versäumnisse tragen müssen. Wir, die Jugend Österreichs, erleben Überflutungen, Hitzewellen, Ernteeinbußen, Biodiversitätsverlust, soziale Spaltung und globale Destabilisierung. Diese Ereignisse sind nicht natürlich. Sie sind das Ergebnis politischer Entscheidungen und müssen durch politische Verantwortung korrigiert werden.

Die Klimakrise ist in ihrem Kern eine Frage der Gerechtigkeit. Sie trifft Menschen ungleich entlang von Generation, Klasse, Geschlecht, geografischen Ort und politischer Macht. Sie ist Ausdruck eines Systems, das auf der Ausbeutung basiert. Wir fordern einen sozial-ökologischen Wandel weg von einer auf fossilen Rohstoffen und Extraktivismus basierenden Wirtschaftsweise, hin zu einem sozial gerechten Leben innerhalb planetarer Grenzen.

# Einleitung

Das Motto der Bundesregierung: „Jetzt das Richtige tun. Für Österreich.“ muss sich auch in der Klimapolitik widerspiegeln. Die österreichische Regierung steht in der Pflicht, den Zielen des Pariser Klimaabkommens (UNFCCC 2015), des EU Green Deals (Europäische Kommission 2019, inkl. Fit for 55) sowie der 17 UN-Nachhaltigkeitsziele (UN 2015) zu folgen. Laut der unabhängigen wissenschaftlichen Analyse des Climate Action Tracker wird die Klimapolitik Österreichs mit „ungenügend“ bewertet (Climate Action Tracker 2024). Der Klimaschutzbericht 2024 des Umweltbundesamtes zeigt, dass die aktuelle Politik nicht auf den Zielpfad zur Reduktion um –48 % bis 2030 in Non-ETS-Sektoren oder zur Netto-Null bis 2040 führt (UBA 2024).

Die Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit ist untragbar. Sie wird zusätzlich durch das seit Langem ausstehende Klimaschutzgesetz und einen unzureichenden Nationalen Energie- und Klimaplan (NEKP) verschärft (UBA 2024, EU-Kommission 2024). Gleichzeitig löst die neue Bundesregierung das Klimaministerium auf, plant den Ausbau klimaschädlicher Infrastruktur wie Schnellstraßen und vergibt klimapolitische Agenden an lobbynahe Akteur\*innen (GLOBAL 2000 2025, WWF Österreich 2025). Die Jugend Österreichs widerspricht dieser Politik entschieden.

Wir fordern, dass die Klimakrise in den Mittelpunkt des politischen Diskurses rückt. Die neuesten wissenschaftlichen Daten verdeutlichen die Dringlichkeit: Laut der Universität Innsbruck ist die Jahresmitteltemperatur in Österreich bereits um über 3,0 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau gestiegen, Extremwetterereignisse sowie Gletscherverlust nehmen zu (Universität Innsbruck 2024). Dem Wissenschaftlichen Dienst des Europäischen Parlaments zufolge sanken Österreichs Treibhausgasemissionen zwischen 2005 und 2023 lediglich um 25 %, was unter dem EU-Durchschnitt von 30 % liegt (EPRS 2024).

# Einleitung

Um dieser Dringlichkeit gerecht zu werden, präsentiert die Jugend der LCOY 2025 die folgenden zentralen Forderungen:

- 1 Institutionalisierte, verbindliche Jugendbeteiligung in der Klimapolitik**
- 2 Ein starkes Klimaschutzgesetz mit verbindlicher Klimagerechtigkeit**
- 3 Ein vollständiger Ausstieg aus fossilen Energien bis spätestens 2030**

Das Forderungspapier umfasst acht Themengebiete:

Klimaziele und Emissionsreduktion; Energiewende; Mobilität und Verkehr;  
Landwirtschaft und Ernährung; Bildung, Beteiligung und Kommunikation;  
Biodiversität und Naturbasierte Lösungen; Gerechtigkeit und Systemischer Wandel;  
und Anpassung an den Klimawandel.

# Klimaziele & Emissionsreduktion

Der Internationale Gerichtshof (ICJ) betont in seinem Gutachten von 2025 die völkerrechtliche Verpflichtung zur Einhaltung der Klimaziele, um Menschenrechte zu einer sauberen, gesunden und nachhaltigen Umwelt zu sichern (2025). Ohne ambitionierte Reduktionspfade drohen Österreich massive soziale und ökonomische Folgeschäden sowie Vertragsverletzungsverfahren.

## Forderungen:

- Ein Klimaschutzgesetz mit verbindlichen sektoralen Reduktionspfaden und jährlichen Emissionsbudgets, das seit 2021 ausständig ist und als zentrales Planungs-, Steuerungs- und Koordinierungsinstrument dient. Der Klimaschutzbericht 2024 des Umweltbundesamtes zeigt: Mit den derzeit beschlossenen Maßnahmen (WAM-Szenario) liegt die prognostizierte Reduktion bei etwa 35 % und damit weiterhin deutlich unter dem verbindlichen Ziel von 48 % (UBA 2024).
- Eine unabhängige Monitoringstelle mit Sanktionsmechanismen bei Zielverfehlung, um die Rechenschaftspflicht zu gewährleisten und Risiken zu vermeiden.
- Verpflichtender Klimacheck bei Gesetzen und Verordnungen, im Einklang mit den Zielen des Pariser Abkommen.

Die konsequente Umsetzung dieser Forderungen ist unerlässlich, um insbesondere die junge Generation vor irreversiblen Schäden und massiven finanziellen Belastungen zu schützen.

# Energiewende

Eine gerechte Energiewende, die auf Suffizienz und öffentliche Daseinsvorsorge baut und nicht auf technologischen Wachstumsillusionen vertraut, ist notwendig. Der Energieverbrauch muss vor allem reduziert werden.

## Forderungen:

- Ein sozial gerechter Ausstieg aus allen fossilen Heizsystemen bis spätestens 2030. In den "Energie- und Treibhausgasszenarien 2024" wird festgehalten, dass keine Gasheizungen mehr im Neubau zugelassen sind (UBA 2024). Dies ist ein erster Schritt, jedoch nicht ausreichend.
- Der Ausbau von Stromnetzen, Speichern und Infrastruktur für 100 % Erneuerbare.
- Eine ökologische Sanierungsoffensive, welche sozial gestaffelt und voll gefördert ist für einkommensschwache Haushalte, sowie signifikant höhere Förderungen für thermische Sanierungen und den Umstieg auf klimafreundliche Heizsysteme.
- Keine staatliche Förderung für extraktive Großprojekte im Ausland im Rahmen des Green Deals.

Eine entschlossene und sozial gerechte Energiewende ist der Grundpfeiler für eine postfossile Zukunft und erfordert jetzt mutige politische Entscheidungen.

# Mobilität & Verkehr

Ein weiter wie bisher führt in die Sackgasse. Daher muss der ÖPNV massiv ausgebaut und der Individualverkehr aktiv eingeschränkt werden. Der Verkehrssektor war 2022 für 44 % der Nicht-ETS-Emissionen verantwortlich (Parlament Österreich 2024). NGOs wie VCÖ warnen, dass der geplante Straßenbau die Klimaziele durchkreuzen (VCÖ 2025).

## Forderungen:

- Die Besteuerung von Kerosin, sowie das Verbot von Kurzstreckenflügen und privaten Jets.
- Die Umwandlung innerstädtischer Straßen in Fahrradstraßen und die Zentrierung von Parkraum. Maßnahmen, wie die Stärkung des Radverkehrs im Regierungsprogramm, müssen mit konkreten Zielen und messbaren Vorgaben versehen werden (Regierungsprogramm 2025-2029).
- Kostenloser ÖPNV für Jugendliche und einkommensschwache Gruppen, aufbauend auf dem Erfolg des "KlimaTicket Ö" (VCÖ 2024). Die Tarifierungsanpassung 2026 der Wiener Linien mit einer 41% Preissteigerung für Studierende ist ein Rückschlag für soziale Gerechtigkeit und den notwendigen ökologischen Wandel (Wiener Linien 2025, DerStandard 2025).
- Räumliche Gerechtigkeit: Rufbusse, Mitfahrökosysteme und Bahnausbau im ländlichen Raum.

Die Transformation des Mobilitätssektors ist nicht nur eine ökologische Notwendigkeit, sondern eine Chance für mehr Lebensqualität und Gerechtigkeit, die keine weiteren Verzögerungen duldet.

# Landwirtschaft & Ernährung

Die staatlich unterstützte industrielle Landwirtschaft zerstört Boden, Biodiversität und Klima. Die Agrarpolitik braucht eine Kehrtwende hin zu mehr Diversität, Tierschutz und ökologischer Souveränität.

## Forderungen:

- Die Abschaffung tierquälender Massentierhaltung.
- Die Einführung pflanzenbasierter Ernährungsstandards in öffentlichen Einrichtungen. Laut FAO-Berichten ist die Tierhaltung global für 12 % der Treibhausgasemissionen verantwortlich (FAO 2023)
- Die Umstrukturierung der Agrarsubventionen nach Tierwohl-, Biodiversitäts- und Klimakriterien.
- Die Förderung von kleinstrukturierter, biologischer Landwirtschaft.
- Verbindliche Reduktionsziele für Lebensmittelverschwendung sowohl in der Produktion als auch im Handel.

Eine grundlegende agrarpolitische Kehrtwende ist entscheidend, um unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen und eine nachhaltige, resiliente Ernährungssicherheit für alle zu gewährleisten.

# Bildung, Beteiligung & Kommunikation

Klimabildung liegt nicht in der Verantwortung von ehrenamtlichen Klimaaktivisten\*innen, sondern ist eine staatliche Pflicht. Wir fordern politische Mündigkeit, die auf Wissen, Beteiligung und Schutz vor Desinformation basiert. Konkrete Vorschläge zur Umsetzung der Klimaneutralität, wie die der 2021 eingerichteten nationalen Klimabürger\*innenrats müssen von der Regierung ernst genommen werden (FFF).

## Forderungen:

- Institutionalisierte und verbindliche Jugendbeteiligung in der Klimapolitik.
- Die Verankerung von Klima- und Gerechtigkeits Themen im Curriculum aller Schulstufen.
- Klimaräte und Ansprechpersonen in jeder Gemeinde.
- Die Sicherstellung der Umsetzung von Vorschlägen aus partizipativen Prozessen wie dem LCOY-Forderungspapier, um die Ernsthaftigkeit der Bürgerbeteiligung zu gewährleisten.
- Die Sanktionierung von Unternehmen, welche Greenwashing betreiben.
- Der Stopp der medialen Diffamierung von Klimaaktivist\*innen durch politische Akteur\*innen.

Die Stärkung von Klimabildung und Jugendbeteiligung ist der Schlüssel zur Schaffung einer mündigen Gesellschaft, die den Herausforderungen der Klimakrise aktiv begegnet und Desinformation entschieden entgegentritt.

# Anpassung an den Klimawandel

Die Klimakrise ist kein Gespenst der Zukunft. Die Klimakrise ist da. Laut der Universität Innsbruck ist Österreich besonders hart vom Klimawandel betroffen (2024). Die neue Höchstzahl an Hitzetagen weist auf die Notwendigkeit von Anpassungsstrategien wie z.B. Hitzeschutz in Städten hin (Geosphere Austria, 2024). Diese müssen lokal, sozial gerecht und präventiv gestaltet werden.

## Forderungen:

- Eine Hitzeschutzstrategie für Städte: klimaresiliente Begrünung, Wasserelemente, Schattenplätze, öffentliche Trinkbrunnen.
- Der Ausbau öffentlich zugänglicher Gebäude für kühle Räume im Sommer.
- Der Ausbau klimaresilienter Infrastruktur: hitzefeste Straßen, Stromnetze, Notfallversorgung.
- Katastrophenschutz auf Gemeindeebene.

Die Klimawandelanpassung darf nicht länger aufgeschoben werden, jede versäumte Maßnahme erhöht die Risiken und Kosten für unsere Generation.

# Biodiversität & Naturbasierte Lösungen

Klimaschutz ohne Artenschutz ist unmöglich. Die Natur braucht Raum, Schutz und Wiederherstellung. Laut WWF Austria hinkt die österreichische Regierung bei der Umsetzung der notwendigen Renaturierungsmaßnahmen hinterher und ignoriert die Vorgaben der Europäischen Union (WWF 2025).

## Forderungen:

- Einen Zeitplan mit verbindlichen Zahlen für Aufforstung, Renaturierung von Mooren und Gewässern als CO<sub>2</sub>-Senken.
- Ein höherer fester Prozentsatz des Staatsgebiets unter naturschutzrechtlicher Sicherung.
- Das Verbot neuer großflächiger Versiegelung, sowie die aktive Entsiegelung urbaner Räume.
- Ein Katastrophenschutz durch naturnahe Landschaftspflege.

Der Schutz und die Wiederherstellung unserer natürlichen Ökosysteme sind untrennbar mit dem Klimaschutz verbunden und bieten essenzielle Lösungen für eine resiliente und lebenswerte Zukunft.

# Gerechtigkeit & Systemischer Wandel

Klimapolitik ohne soziale Gerechtigkeit ist unhaltbar. Wir fordern einen fairen Wandel, der historische Verantwortung anerkennt, Machtverhältnisse hinterfragt und eine solidarische Zukunft ermöglicht. Dies steht im Einklang mit den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) wie z.B. SDG 1 (Keine Armut), SDG 10 (Weniger Ungleichheiten) und SDG 16 (Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen) (2015).

## Forderungen:

- CO<sub>2</sub>-Steuern mit Umverteilungswirkung (z.B. die Wiedereinführung des Klimabonus für untere Einkommensgruppen).
- Klimafinanzierung basiert auf Zuschüssen, nicht auf Krediten.
- Eine Menschenrechtliche Absicherung globaler Lieferketten und der Stopp der Auslagerung von ökologischen Schäden.
- Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsthema aller Maßnahmen, in direkter Unterstützung von SDG 5 (Geschlechtergleichheit), da der Klimawandel Frauen und Mädchen aufgrund bestehender sozioökonomischer Schwachstellen überproportional betrifft.
- Die Anerkennung der kolonialen Verantwortung und Verstärkung internationaler Klimagerechtigkeits-Instrumente.

Ein gerechter und systemischer Wandel ist die Voraussetzung für eine Klimapolitik, die niemanden zurücklässt und die historischen Verantwortlichkeiten für eine solidarische und nachhaltige Gesellschaft anerkennt.

# Schlusswort

Die Regierung Österreichs steht in der Verantwortung, nationale Maßnahmen mit globaler Wirkung zu ergreifen. Die Überwachung des Regierungsprogramms 2025–29 durch das Klimadashboard zeigt, dass von 21 klimarelevanten Maßnahmen 7 "noch nicht umgesetzt" sind und 9 "kein konkretes Ziel" aufweisen. Dies ist ein klares Zeichen für mangelnden Umsetzungswille und Rechenschaftspflicht. Diese Forderungen sind kein Appell für die Zukunft, sondern ein klarer Handlungsauftrag an die politische Gegenwart.

Die Jugend Österreichs erwartet Mut, Systemverantwortung und ehrliche Transformation.

# Quellenverzeichnis

- BMK (2024) Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie: Klimaschutzbericht.
- Climate Action Tracker (2024): Länderbewertung Österreich: Bewertung der Klimapolitik.
- Der Standard (2025): Teurere Wiener Öffi-Tickets: Studierende besonders von Steigerung betroffen.
- EPRS (2024) Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments: Klimaschutzstrategie Österreich.
- EU-Kommission (2024): Bewertung des Entwurfs des Nationalen Energie- und Klimaplans (NEKP) von Österreich.
- Europäische Kommission (2019): EU Green Deal und Fit for 55.
- FAO (2023) Food and Agriculture Organization: New FAO report maps pathways towards lower livestock emissions.
- FFF Fridays For Future: Klimarat: Forderungen für eine gerechte Klimapolitik umsetzen.
- Geosphere Austria (2024): Klimabericht Österreich für das Jahr 2024.
- GLOBAL 2000 Analyse via Feiwa (2025): NGO-Stellungnahmen zur Klimapolitik und Regierungsbildung.
- ICJ (2025) Internationaler Gerichtshof: Gutachten zu Klimaverpflichtungen.
- Klimadashboard Austria (2025): Regierungsprogramm 2025-29
- Regierungsprogramm (2025-2029): Regierungsprogramm der österreichischen Bundesregierung
- UN (2015) United Nations: Agenda 2030 - Sustainable Development Goals (SDGs).
- UNFCCC (2015) United Nations Framework Convention on Climate Change: Pariser Abkommen.
- Universität Innsbruck (2024): Klimawandel in Österreich: Daten und Analysen zur Temperaturerhöhung und Extremwetterereignissen.

# Quellenverzeichnis

UBA (2024) Umweltbundesamt: Energie- und Treibhausgasszenarien 2024.

UBA (2024) Umweltbundesamt: Klimaschutzbericht 2024.

Parlament Österreich: Fortschrittsbericht 2024.

VCÖ (2024) Verkehrsclub Österreich: Drei Jahre KlimaTicket Ö.

VCÖ (2025) Verkehrsclub Österreich: Factsheet: Ausbau der Infrastruktur auf Klimakurs bringen.

Wiener Linien (2025): Änderung im Ticket-Angebot Semesterkarte.

WWF Österreich (2025) World Wide Fund for Nature: Das Neue Regierungsprogramm im Klimaschutz-Check.

WWF Österreich (2025) World Wide Fund for Nature: Renaturierung: WWF fordert mehr Tempo bei Österreichs Wiederherstellungsplan.